
KRISENTENDENZEN

Rezension von: Müller, Rödel, Sabel, Stille, Vogt, „Ökonomische Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus“, Campus Verlag, Frankfurt a. M. / New York 1978

Der Aufbruch, den die Studentenbewegung der sechziger Jahre bewirkte, hat nicht nur die politische, sondern auch die sozialwissenschaftliche Landschaft grundlegend verändert. Im Bereich der nationalökonomischen Wissenschaften war damals die neoliberale Orthodoxie in der Bundesrepublik Deutschland faktisch in der Position einer Alleinherrscherin, die für sich auch das Monopol der Wissenschaftlichkeit beanspruchte. Die nächstliegende Aufgabe der von der Studentenbewegung initiierten Kritik war die Entlarvung von Neoklassik und Neoliberalismus als Rechtfertigungstheorie der Ideologie und der „sozialen Marktwirtschaft“. Eine solche Kritik war ungleich leichter zu leisten als der Aufbau einer eigenen ökonomischen Theorie des Spätkapitalismus, eines „alternativen Paradigmas“. Im Rückblick auf die letzten zehn Jahre erscheint die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften weithin leider als eine Serie von verpaßten Chancen, eine Flucht in Esoterik und Dogmatismus, und bedauerlicherweise nur zum geringeren Teil als geglückter Neuansatz zur Erfassung des Phänomens „Spätkapitalismus“ und seiner Dynamik.

Es scheint, als wäre es der neoliberalen Orthodoxie gelungen, dem Gegenpart ihr Gesetz des Handelns aufzuprägen. Wenn man zunächst annehmen konnte, daß die linke Fundamentalkritik einen grundsätzlich anti-dogmatischen Charakter hatte, so hat sie seit dem Ende der sechziger Jahre ein wachsendes Bedürfnis nach „gesicherten Wahrheiten“ erkennen lassen.

Der unerschütterliche Glauben der Rechten an die Funktionsfähigkeit des Marktes, an die Grenzproduktivitätstheorie u. dgl. mehr fand seine Pendanten auf der Linken: den Glauben an das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ und die daraus resultierende Krisentendenz des Kapitalismus, an die Arbeitswertlehre usf. Es hat sich auf der Linken eine Gegenorthodoxie etabliert, z. B. repräsentiert durch die Zeitschrift „Prokla“, die ihre Hauptaufgabe darin sieht, a priori feststehende, von den Kirchenvätern dekretierte Einsichten durch allerhand empirische und v. a. logische Kunststücke zu beweisen bzw. ihre Gültigkeit zu beschwören. Gegenüber allen nicht-orthodoxen Erkenntnissen neueren Ursprungs scheinen die zünftigen Marxisten geradezu Berührungssängste zu empfinden. Auch die zu marxistischen Ansätzen freundlich-kritisch eingestellten Ökonomen werden als „bürgerlich“ abqualifiziert, so z. B. die sog. „Neo-Ricardianer“ der britischen Cambridge-School. Dadurch wird von vornherein auf die Möglichkeit verzichtet, neuere, insbesondere modelltheoretische Ansätze sozialökonomisch fruchtbar zu machen.

Angeichts der weitgehenden Unfruchtbarkeit solcher Grundhaltungen ist es höchst erfreulich, wenn nun-

mehr eine kritische Gruppe von Ökonomen um Winfried Vogt den Versuch unternommen hat, den Spätkapitalismus ohne Rücksicht auf von der Orthodoxie behauptete „eherne Gesetze“ ökonomisch unter die Lupe zu nehmen. Das vorliegende Buch ist das Ergebnis des umfangreichen Projekts „Ökonomische Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus“, das vom Max Planck-Institut 1973/76 durchgeführt wurde. (Seitenangaben im folgenden Text beziehen sich auf das Buch.)

Die Autoren bedienen sich ausgiebig der neueren analytischen und empirischen Ergebnisse der ökonomischen Wissenschaften und lassen diese in einem grundsätzlich von Marx'schen Fragestellungen ausgehenden Forschungsansatz zum Tragen kommen.

Dem Aufbau des Buches liegt eine implizite Systematisierung der Krisenursachen zugrunde. Nach einer Einleitung über die Grundlagen einer Theorie ökonomischer Krisentendenzen werden zuerst die Prozesse der Preis- und Lohnbildung v. a. im Hinblick auf daraus resultierende Inflationstendenzen untersucht. Daran schließt eine Analyse der „realen“ Vorgänge an, die aufbauend auf Harrods und Kaldors Wachstumstheorie den Akkumulationsprozeß auf inhärente Instabilitäten untersucht. Im abschließenden Kapitel „Arbeitsmarktstrukturen und Konfliktpotentiale“ wird versucht, die Erkenntnisse der soziologischen Klassen- und Schichtenanalyse mit den Ergebnissen der ökonomischen Analyse in Beziehung zu setzen. Dadurch soll ein Grundfehler vieler ökonomischer Analysen vermieden werden: Sie soll nicht bei der Feststellung der Krisentendenzen bzw. ihren Ursachen stehen bleiben, sondern versuchen, diese sozial und politisch zu vermitteln.

So gut durchdacht diese Struktur der Argumentation erscheint, ihre

Durchführung — dies sei vorweggenommen — bleibt in mancher Hinsicht unbefriedigend.

Das Inflationskapitel etwa bleibt weitgehend in theoretischen Erörterungen stecken, um dann zwangsläufig zu der schwachen Schlußfolgerung zu gelangen, daß so etwas wie eine eskalierende Preis-Lohn-Spirale existiert, daß „solche Einflußfaktoren nachweisbar sind, ihr Einfluß zumindest nicht ausgeschlossen werden kann“ (S. 102). Die Erörterungen laufen dabei letztlich auf die Frage hinaus, ob eine stabile Philips-Kurve existiert, was mit zum Teil von Friedman übernommenen Argumenten verneint wird. Es geht hier nicht darum, den Autoren den letzteren Umstand anzukreiden und ihre Argumentation dadurch „anrühlich“ zu machen. Bei aller Überzeugungskraft der Beschleunigungsthese scheint ihre faktische Relevanz zumindest in der allgemeinen Form doch sehr begrenzt zu sein. Ein Blick auf die Entwicklung der Inflationsraten in den fünfziger und sechziger Jahren läßt kaum eine eindeutige Eskalationstendenz erkennen. Bei der inflationären Explosion in der ersten Hälfte der siebziger Jahre waren offensichtlich Faktoren und Mechanismen am Werk, die kaum als plötzliche Entladung einer langfristigen Beschleunigungstendenz gedeutet werden können: die europaweite „Lohnwelle“ 1968/70 im Gefolge des Pariser Mai 1968 und von Streiks in Deutschland und Italien; die sogenannte „Weltinflation“; der Zusammenbruch des Weltwährungssystems, der z. T. eine Konsequenz zunehmender Inflationsdivergenzen war, diese jedoch noch empfindlich vergrößerte, was wiederum die Instabilität des Währungssystems andauern ließ; schließlich der Ölpreisschock 1973.

Während auf diese Ereigniskette nirgends eingegangen wird, werden anhand verschiedener ökonometrischer Untersuchungen die „Erklä-

rungsbeiträge“ von Indexsteigerungen, Produktivitätsveränderungen und -differenzen und Steuerbelastungen für die Lohn- und Preisbildung in einer etwas umständlich anmutenden Weise abgehandelt — eine Konzentration auf die eher sekundär gewordenen Aspekte des Inflationsproblems.

Daß sich „das Inflationsproblem... in der BRD wohl auch nicht auf die Dauer unter den gegebenen institutionellen Bedingungen wird lösen lassen“ (S. 108), bereitet heute verhältnismäßig wenig Kopfzerbrechen, denn es genügt durchaus, ein Problem soweit zu entschärfen, daß man damit leben kann. Im Gegensatz zur Prognose des Buches war eine solche Entschärfung dort, wo sie geglückt ist, ohne Preis- und Lohnkontrollen erreichbar. Die Unmöglichkeit, im Rahmen des Systems eine endgültige Lösung zu finden, bringt noch nicht notwendigerweise eine Gefährdung des Systems mit sich. Man sollte daher bei der Diagnostizierung der „Systemkrise“ mehr Vorsicht walten lassen als es die Autoren der „ökonomischen Krisentendenzen“ tun.

Eine ähnliche Argumentationsfigur wie beim Inflationskapitel liegt der Analyse des Akkumulationsprozesses (Kapitel III) zugrunde. Hier wird zunächst gezeigt, daß infolge von Veränderungen des Investitionsvolumens bzw. der Kapazitätsauslastung das Wirtschaftswachstum nicht stetig verläuft, sondern mehr oder weniger starken Fluktuationen unterliegt — mit anderen Worten, daß auch in der Prosperitätsphase nach dem Zweiten Weltkrieg die Wirtschaftsentwicklung nach dem Muster des Konjunkturzyklus verlaufen ist. Dieser Nachweis ist jedoch kaum als Großtat der Kritik zu werten, da auch die notorischen Systempropagandisten unter den Ökonomen nicht die Kühnheit aufbrachten, den Konjunkturzyklus für obsolet zu erklären.

Problematisch erscheint wieder die Gleichsetzung von Rezessionen — *konjunkturellen Krisen* — mit einer „Krisenhaftigkeit“ des Systems schlechthin, und abermals finden wir den voreiligen Schluß, die Vermutung sei „nicht von der Hand zu weisen, daß die endogenen ökonomischen Krisentendenzen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses auf Dauer immer wieder oder auch endgültig (sic!) politische Lösungen erfordern und schließlich durchsetzen.“ (S. 182) Hier spürt der Leser das Unbehagen der Autoren bei der Formulierung des Satzes. Nicht nur, daß dieser als Vermutung deklariert wird, kennzeichnet das Zögern der Autoren. Zunächst wird festgestellt, daß „immer wieder“ politische Lösungen erforderlich seien — gemeint ist wohl, daß das System bemüht sein muß, ein Problem im Griff zu behalten. Damit kann es aber offensichtlich sein Bewenden nicht haben, die Lust, auf die alten Füße zu fallen, erweist sich als unwiderstehlich, und so wird schließlich die Notwendigkeit einer „endgültigen Lösung“ postuliert. Diese kann dem System nicht gelingen — q. e. d. Nach einigem Widerstreben haben Müller et al. doch die Rolle des Krisenpropheten übernommen.

Nach Meinung des Rezensenten hätten die Autoren vermeiden sollen, die Alternative in der Form „endgültige Lösung“ oder „Krise“ (im emphatischen Sinne), „alles oder nichts“ zu stellen. Die spätkapitalistischen gemischtwirtschaftlichen Systeme dürften auch in absehbarer Zukunft nicht vor der Wahl zwischen „alles oder nichts“ stehen, sondern vor dem Problem der Anpassung an ungünstiger gewordene Bedingungen. Daraus läßt sich jedoch keinesfalls zwingend eine ökonomische Systemkrise ableiten.

Eines freilich sollte man bei einer Beurteilung der Ökonomischen Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus nicht vergessen: Das Starn-

berger Projekt wurde in einer Zeit (1973/76) unternommen, die für eine Gesamteinschätzung langfristiger Entwicklungstendenzen die denkbar ungünstigste sein mußte, nämlich in einer Phase des Umbruchs. Die Jahre 1973 bis 1976 brachten eine seit der Wiederaufbauperiode einzigartige Häufung von einschneidenden Ereignissen, die die bis dahin gewohnten Strukturmuster grundlegend verändert haben. Viele Parameter, die durch zweieinhalb Jahrzehnte als einigermaßen verlässlich abschätzbar galten, „stimmten“ plötzlich nicht mehr. Es war wohl zu ahnen, daß die Entwicklung anders weitergehen würde als bisher, aber welcher Verlauf zu erwarten war, darüber konnte man damals mehr oder weniger gewagte Spekulationen anstellen, nicht mehr. Und selbst heute, fast fünf Jahre nach der ersten schweren Nachkriegsrezession, hat sich der Nebel noch keineswegs soweit gelichtet,

daß eine klare Perspektive mit hinreichender Deutlichkeit absehbar wäre — ganz gleich, von welchen theoretischen und politischen Grundlagen man dabei ausgeht. Gewiß war niemals irgend jemand im Besitze einer wirklich gesicherten Langfristprognose, aber heute sind wir es weniger als etwa vor fünfzehn Jahren, als immerhin noch ein umfassender Konsensus darüber bestand, daß ein hohes Wirtschaftswachstum im Prinzip eine gute Sache sei.

Vielleicht werden in einigen Jahren wenigstens die Problemstellungen so weit geklärt sein, daß die Voraussetzungen für ein Unterfangen wie das Starnberger Projekt gegeben sein werden. Dann wäre die Zeit gekommen, die großen Fragen, die die „Ökonomischen Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus“ gestellt haben, wieder aufzugreifen und eine Antwort zu versuchen.

Günther Chaloupek